

Antworten der FDP

1. Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinstehenden und älteren Frauen, beitragen?

Armut und Bildungsferne gehen meist Hand in Hand. Der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut ist daher eine gute Bildungspolitik von der KiTa bis zur Hochschule. Um der Armut von Alleinerziehenden im Speziellen entgegenzuwirken, fordern wir die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf z.B. durch eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten und den Öffnungszeiten von Kitas sowie der Ganztagsschulangebote. Ebenso wie eine Stärkung der Frühen Hilfen tragen alle diese Maßnahmen zur Entlastung von Alleinerziehenden bei. Auf diese Weise wird Raum geschaffen, die Armutsursachen selbst anzugehen - beispielsweise durch das Nachholen eines Schulabschlusses oder die Möglichkeit der Rückkehr in die Arbeitswelt. Darüber hinaus fordern wir eine Informationskampagne zur besseren Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, welches die Teilnahme am gesellschaftlichen und sozialen Leben auch für von Armut gefährdete Kinder ermöglicht.

Für ältere Frauen in Armut ist ebenso soziale Teilhabe wichtig. Wir setzen uns für die Stärkung von Seniorentreffs und gesellschaftlich-verbindenden Angeboten sowie bessere Strukturen in der Vermittlung ehrenamtlicher Tätigkeiten für Senioren ein. Bildung auch im fortgeschrittenen Alter und flexible Möglichkeiten, sich unbürokratisch etwas dazuzuverdienen, sehen wir als weitere gute Möglichkeiten, älteren Frauen in Armut eine Perspektive zu geben.

2. Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frau auf ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?

Aus Sicht der FDP ist Gewaltprävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die bereits im Kindesalter beginnen muss. Gewaltfreiheit muss von klein auf selbstverständlich sein.

Der Wert der Gewaltfreiheit muss Kindern nicht nur im Elternhaus, sondern auch in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vermittelt werden. Dieser Anspruch spiegelt sich auch in den neuen Hamburger Bildungsempfehlungen wider. Dort heißt es im Kapitel demokratische Teilhabe: „Die Kita als öffentliche Institution ist Ausschnitt und Spiegel unserer Gesellschaft. Hier erfahren und begreifen Kinder, wer und was „zählt“. Die Erwachsenen leben vor, welche Wertvorstellungen und Regeln das Zusammenleben ohne Gewalt und Ausgrenzung gelingen lassen.“ Die FDP begrüßt diesen Ansatz und möchte die Umsetzung der Bildungsempfehlungen in der kommenden Legislaturperiode weiter vorantreiben.

Auch im Schulalltag muss Gewaltfreiheit selbstverständlich sein. Durch zahlreiche Maßnahmen an einzelnen Schulen (z.B. Streitschlichter, Schülergerichte, etc.) fördern Schüler dieses Ziel mit der Unterstützung ihrer Lehrkräfte. Zudem gibt es mit dem Konzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ einen guten Ansatz, um Probleme einzelner Schüler frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Diese Strategie sollte fortgeführt werden.

Noch immer sind viel zu viele Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Neben Beratungsangeboten für die betroffenen Frauen braucht es Präventionsangebote für Täter. Denn gute Täterarbeit kann

Antworten der FDP

künftige Taten verhindern. Die FDP setzt sich dafür ein, bereits vorhandene Angebote weiterhin zu fördern und die Angebotsstruktur an aktuelle Erfordernisse bzw. neue Gesetzeslagen anzupassen.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm 2013-2015 war lange überfällig. Die Formulierung von vielen dutzenden Prüf- und Evaluationsaufträgen ist allerdings kein Zukunftskonzept. Gleichstellungsbelange bedürfen der Kraftanstrengungen von allen Verantwortungsebenen, ansonsten verkommen die Ziele zu reinen Lippenbekenntnissen. Der Senat wäre gut beraten gewesen, konkrete Maßnahmen festzuschreiben, die die Ziele der Gleichstellungspolitik substantiell voranbringen. Daher kommt es in der nächsten Legislaturperiode darauf an, das Konzept auch mit Leben zu füllen.

Eine begrüßenswerte Maßnahme im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm ist beispielsweise das Ziel, mit den Präsidenten der Hamburger Gerichte und bei den Leitern der Staatsanwaltschaften darauf hinzuwirken, verstärkt Maßnahmen einzusetzen, die für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig sind (Maßnahme Nr. 124). So sollen Beförderungstellen grundsätzlich als teilzeitgeeignet ausgeschrieben werden oder vor dem Eintritt in den Mutterschutz Mitarbeitergespräche zum Zwecke einer möglichst konkreten Wiedereinstiegsplanung geführt und während der Beurlaubungsphase weitere Gesprächsangebote unterbreitet werden.

Aus Sicht der FDP-Fraktion liegt ein Schwerpunkt darin, auch künftig bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich Frauen und Männer entsprechend ihren Qualifikationen entwickeln können, unabhängig vom familiären Hintergrund.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Wir Freien Demokraten wollen bezahlbares Wohnen für alle Bürgerinnen und Bürger und ein verträgliches Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit in ganz Hamburg erreichen. Dafür setzen wir auf ein ausgewogenes Angebot an Wohnraum im gesamten Stadtgebiet und auf Freiraumgestaltung die den Anforderungen aller Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht wird. Sowohl Wohnungseigentum, als auch privater und öffentlich geförderter Mietwohnungsbau stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Unserer Auffassung nach sind Genossenschaften und Baugemeinschaften besonders geeignet, sozial verantwortlich und verträglich preiswerten Wohnraum zu schaffen. Zur Förderung der Investitionen in den Wohnungsbau strebt die FDP die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung (Afa) an. Damit ermöglichen wir höhere Investitionen in den Wohnungsneubau und günstigere Mieten. Als Ergänzung zum geförderten

Antworten der FDP

Wohnungsneubau ist für uns vor allen der Ankauf von Belegungsbindungen besonders sinnvoll, da diese Option flexibel auf zeitlich variable Nachfrage reagieren kann. Wir fordern daher eine verstärkte Nutzung dieses Instruments um auch kurzfristig günstigen Mietraum in Hamburg vorhalten zu können. Zudem unterstützt die FDP die Schaffung und den Betrieb von Mehrgenerationenhäusern, da diese nach unserer Auffassung einen deutlichen Mehrwert für Alleinerziehende, junge Familien, aber auch für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben. Mehrgenerationenhäuser befördern die Selbstständigkeit, die gegenseitige Hilfe und ein nachbarschaftsbezogenes, generationenübergreifendes Zusammenleben sowie die professionelle Betreuung hilfsbedürftiger Bewohnerinnen und Bewohner. Neben diesen baulichen Rahmenbedingungen setzen wir Freien Demokraten uns aber vor allen dafür ein, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird.

Im Verkehrsbereich steht die FDP für die gleichrangige Behandlung aller Verkehrsmittel. Wir möchten, dass man sein Ziel zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem öffentlichen Nahverkehr und mit dem Motorrad oder PKW optimal erreichen kann. Wir wollen den Anteil des Autos am Verkehrsaufkommen verringern, und zwar durch Verbesserung anderer Angebote wie ÖPNV, Radwege oder Carsharing und nicht durch Drangsalierung der Autofahrer. Wir wollen einen durchdachten Ausbau des vorhandenen Schnellbahnnetzes also, von S- und U-Bahn, Regionalbahnen und AKN. Ein weiterer schienengebundener Verkehrsträger (Stadtbahn) ist teuer, wenig zukunftsfähig und schadet der Gestaltung der Stadt enorm. Deshalb lehnen wir die Stadtbahn ab. Wir Freien Demokraten setzen uns zudem dafür ein, dass die Schnellbusse durch Expressbusse ersetzt werden, die zum normalen HVV-Tarif genutzt werden können. Die FDP steht zudem für die Einführung eines transparenten Systems zur Bestimmung der HVV-Tarife. Bisher wird der Finanzbedarf des HVV nach einem von diesem selbst bestimmten Indextarif errechnet, der sich nur auf allgemeine Statistiken wie die Preisentwicklung insgesamt oder die Entwicklung der Kraftstoffpreise stützt. Er richtet sich also nicht danach, wie sich die konkreten Kosten beim HVV entwickeln. So entsteht keinen Anreiz zu wirtschaftlichem Handeln. Zudem wollen wir Freien Demokraten eine Vereinfachung des HVV-Tarifs. Die Einführung von E-Tickets bietet eine große Chance die von uns geforderten Änderungen umzusetzen und den HVV noch attraktiver zu gestalten. Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen durch den ÖPNV wollen wir, dass die Möglichkeit eines durchgängigen Nachtbetriebs der U-Bahn-Linien von Donnerstag auf Freitag geprüft wird.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Wir Freien Demokraten wollen für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur formal die gleichen Rechte und Chancen. Unser Ziel ist die Gleichheit der Chancen und Perspektiven in der Lebenswirklichkeit unseres Landes.

Der unbereinigte Gender Pay Gap betrug 2011 in Deutschland 22 Prozent und hat sich seit 1995 nicht wesentlich verringert. Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Verdienstunterschied zwischen Männern

Antworten der FDP

und Frauen nur bei 4 Prozent, in Baden-Württemberg bei 27 Prozent. Der bereinigte Gender Pay Gap, also der Verdienstunterschied, der übrig bleibt, wenn geschlechtsspezifische Unterschiede in lohndeterminierenden Merkmalen herausgerechnet werden, liegt bei 8 Prozent. Die Gleichstellung im Gesetz und in Tarifverträgen ist seit vielen Jahren erreicht. Wir brauchen nicht neue Gesetze, sondern wirksame Maßnahmen, um die Entgeltunterschiede abzubauen, die sich z.B. aus den erheblich längeren, familienbedingten Berufsunterbrechungen, der erheblich höheren Teilzeitarbeitsquote (46 Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen arbeiten Teilzeit) und der Berufswahl ergeben. Dazu gehört beispielsweise der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur auch in sog. „Randzeiten“ und am Wochenende, Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung und zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für die sog. MINT-Berufe. Die guten Erfahrungen mit dem Instrument Logib-D sollten weiterhin genutzt und für die Anwendung von Logib-D bei Unternehmen geworben werden. Das Aktionsprogramm „perspektive Wiedereinstieg“ soll fortgeführt werden, das Programm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ über 2015 hinaus verstetigt werden. Die Tarifpartner sollen darin unterstützt werden, unterschiedliche Verfahren zur Arbeitsbewertung zu überprüfen und ggf. umzugestalten. Die „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“ soll evaluiert und weiterentwickelt werden. Die in Unternehmen noch oft vorherrschende Präsenzkultur muss durch eine „Effizienzkultur“ ersetzt werden, bei der es weniger auf Arbeitszeitlänge, sondern auf Ergebnisse ankommt.